

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB,  
Vorsitzender der SPD-  
Bundestagsfraktion, er-  
innert an den Juristen  
und Widerstandskämpfer  
Hans von Dohnanyi.

Seite 1

Wolfgang Clement, SPD-  
Vorstandssprecher, be-  
legt, daß die Sachkompe-  
tenz für eine Reihe von  
Politikfeldern auf die  
Sozialdemokraten über-  
wechselt.

Seite 3

Gerhard Schmid MdEP plä-  
diert für eine Unter-  
stützung des Friedens-  
weges im Nahen Osten  
durch die Europäer.

Seite 5

40. Jahrgang / 67

9. April 1985

Hans von Dohnanyi zum Gedenken

-----  
Vor 40 Jahren wurde der Jurist und Widerstandskämpfer  
im KZ Sachsenhausen ermordet.

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im  
Deutschen Bundestag

In diesen Wochen, in denen in rascher Folge die 40. Ge-  
denktage vieler Ereignisse heraufziehen, gedenken wir auch  
des Todes eines Mannes, den seine Feinde einmal als den  
Urheber und das geistige Haupt der Bewegung zur Beseiti-  
gung von Adolf Hitler charakterisiert haben: Hans von  
Dohnanyi, der am 8. April 1945 im KZ Sachsenhausen er-  
mordet wurde.

Hans von Dohnanyi war Jurist. Er durchlief nach seiner  
Ausbildung eine glänzende Karriere: Sofort nach dem  
Examen ins Reichsjustizministerium einberufen, wurde er  
bald persönlicher Referent des Ministers und bald auch  
dessen Büroleiter. Sicher haben diese Stellungen schon  
früh seine Einsicht in das wahre Wesen des Nationalso-  
zialismus gestärkt. Er wußte früher als andere, und vor  
allem besser als die große Mehrheit seiner Berufskollegen,  
daß dieser Staat eine Gewaltherrschaft, ein Unrechts-  
staat war und deswegen der Würde und der Legitimation  
entbehrte. Er übte Gewalt, aber nicht Autorität, er



diente der Willkür, nicht sittlichen Werten, er mißbrauchte die, die in seinem Namen tätig wurden und ließ viele von ihnen schuldig werden.

Hans von Dohnanyi besaß auch die Kraft, nach dieser Einsicht zu handeln. So versuchte er schon im Jahre 1933 nach dem Reichstagsbrand die deutschen Richter zu einer Aktion gegen den beginnenden Terror zu veranlassen. Später nach Ausbruch des Krieges wurde er unter Ausnutzung seiner Position in der militärischen Abwehr unter Admiral Canaris ein Hauptakteur des Widerstandes. Als solcher vermittelte er vielfältige Kontakte, etwa den zwischen Generaloberst Ludwig Beck und dem Sozialdemokraten und führenden Gewerkschafter Wilhelm Leuschner.

Ebenso wirkte er an den Bestrebungen mit, den Krieg bereits im Winter 1939/40 zu beenden. Auch bei der Vorbereitung der von Henning von Tresckow und Fabrian von Schlabrendorff geplanten Attentate auf Hitler spielte er eine wichtige Rolle. Am 5. April 1943 wurde Hans von Dohnanyi verhaftet. Damit begann eine zwei Jahre dauernde Leidenszeit in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Sie endete am 8. April 1945, einen Monat vor der Befreiung mit seiner Ermordung durch die Schergen der SS.

Zum deutschen Widerstand gehörten nur wenige Richter, Rechtsanwälte oder Rechtslehrer. Hans von Dohnanyi war einer von ihnen. Er wird uns unvergessen bleiben.

(-/9.4.1985/va/ks)

+ + +



### Dramatischer Kursverfall

Die Bundesregierung verliert die Sachkompetenz auf wichtigen Feldern

Von Wolfgang Clement  
SPD-Vorstandssprecher

Die anhaltende Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit um die Rentenfinanzen haben zu einem erheblichen Ansehensverlust der Bundesregierung geführt. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger würde heute in den Problembereichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Rentensicherung einer von der SPD-geführten Bundesregierung mehr vertrauen als der amtierenden CDU/CSU-geführten Bundesregierung. Insgesamt wird die allgemeine wirtschaftliche Lage heute deutlich skeptischer beurteilt als noch vor einigen Wochen. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt mit den höchsten Arbeitslosigkeitsziffern seit 1948 hat jetzt offensichtlich zu einer nachhaltigen Veränderung des Meinungsklimas in der Bundesrepublik geführt. Die Optimismuskampagne der Bundesregierung fordert ihren Tribut, der Druck der Bürgerinnen und Bürger auf die politisch Verantwortlichen, endlich zu handeln, nimmt zu.

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, (Befragungszeitraum: 16. bis 22. März 1985, 1.059 Befragte), die mit den Februar-Ergebnissen des Emnid-Instituts im wesentlichen korrespondieren.

Thema Arbeitslosigkeit. 40 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sind nach der Mannheimer Umfrage der Ansicht, im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sehe es heute schlechter als zur Zeit der Bundestagswahl im März 1983 aus; nur acht Prozent sehen die Situation verbessert; 12 Prozent meinen, es sei genauso gut geblieben, 40 Prozent genauso schlecht.

Hatte die CDU/CSU-geführte Bundesregierung im Dezember 1984 noch einen Kompetenzvorsprung auf diesem Gebiet vor einer SPD-geführten Regierung, so ist dieser Vorsprung nun verloren: Jeweils 29 Prozent der Befragten sprechen einer CDU/CSU-geführten und einer SPD-geführten Regierung die Kompetenz zu. 13 Prozent sind der Ansicht, beide seien in gleicher Weise geeignet, das Problem zu lösen. 27 Prozent meinen dagegen, daß dieses Problem von keiner Regierung gelöst werden könne.

Nach Ansicht des Emnid-Instituts ist das derzeit ausgeprägt schlechte Ansehen der Bundesregierung (58 Prozent beurteilen die Bundesregierung "negativ") vor allem "eine Folge des sich verschlechternden Arbeitsmarktes, konkretisiert durch die Erhöhung der Arbeitslosenzahl".

Thema Wirtschaftsentwicklung. Die allgemeine wirtschaftliche Lage wird der Mannheimer Umfrage zufolge von den Befragten deutlich skeptischer beurteilt als bei der letzten vergleichbaren Umfrage im November 1984: Heute beurteilen nur noch 17 Prozent der Befragten die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik ganz allgemein als sehr gut oder gut. Im November 1984 waren es noch 22 Prozent, die diese positive Einschätzung teilten. 55 Prozent der Befragten meinen, die wirtschaftliche Lage sei teils gut, teils schlecht, und 28 Prozent sind der Ansicht, sie sei schlecht oder sehr schlecht.

Allerdings: 38 Prozent der Befragten glauben, daß es seit der Bundestagswahl besser gelungen sei, die Wirtschaft anzukurbeln. 16 Prozent meinen, damit stehe es genauso gut wie damals, 32 Prozent antworten, genauso schlecht. 13 Prozent sind der Meinung, es sei mit dem Ankurbeln der Wirtschaft schlechter geworden. (Es wird hier sehr deutlich, daß viele der Befragten noch zwischen der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und dem Ankurbeln der Wirtschaft trennen; entsprechend liegt in diesem Bereich auch das Ansehen der Bundesregierung noch vergleichsweise günstig: 47 Prozent der Befragten beurteilen eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung auf diesem Sektor besser als eine SPD-geführte Bundesregierung mit 21 Prozent).



An der insgesamt eher skeptischen Einschätzung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung ändert das freilich nichts: 24 Prozent erwarten, daß die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik in diesem Jahr besser wird, fast genauso viele - 23 Prozent - befürchten eine Verschlechterung. 53 Prozent meinen, die wirtschaftliche Lage bleibe gleich.

Während die Forschungsgruppe hier, beim Ausblick in die wirtschaftliche Zukunft, nur geringfügige Veränderungen im Vergleich zum November letzten Jahres registrierte, befand Ennid im Februar, daß die Arbeitslosigkeit immer mehr "als Maßstab für die wirtschaftliche Entwicklung angesehen" werde: Der prozentuale Anteil derjenigen, die mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage rechneten, habe sich im Februar (höchste Arbeitslosigkeit seit 1948) von sieben auf 14 und dann weiter auf 16 erhöht. Mit einer verbesserten Lage rechneten nach Ennid derzeit 21 Prozent, während 61 Prozent davon ausgingen, daß die gegenwärtige Situation "unverändert" anhält.

**Thema Renten.** Nur acht Prozent aller Befragten sind laut Forschungsgruppe Wahlen der Ansicht, daß es mit der Sicherung der Renten seit der Bundestagswahl besser geworden ist. 22 Prozent meinen, es sei um dieses Problem genauso gut bestellt wie damals, 32 Prozent meinen, genauso schlecht. Dagegen schätzen 37 Prozent die Zukunft der Renten skeptischer ein. Vor einem Jahr war die Meinung, daß es mit der Sicherung der Renten besser geworden sei, sehr viel häufiger vertreten (15 Prozent) als heute.

In der Rentenfrage hat die CDU/CSU gleichzeitig ihren Kompetenzvorsprung an die SPD verloren: Bei dem Thema Sicherung der Renten sehen nur noch 29 Prozent der Befragten die Lösung dieses Problems am besten bei einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung aufgehoben. Die SPD wird inzwischen mit 31 Prozent besser beurteilt. Im Dezember 1984 hatte die CDU/CSU-geführte Regierung hingegen noch einen knappen Kompetenzvorsprung vor einer SPD-geführten Regierung in diesem Bereich.

**Thema Umweltschutz.** Insgesamt registrieren die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich eine Verbesserung der Bemühungen um den Umweltschutz. Während vor einem Jahr bei der Forschungsgruppe Wahlen 22 Prozent eine solche Verbesserung registrierten, sind es jetzt 32 Prozent der Befragten. 21 Prozent meinen, um dieses Problem stehe es genauso gut wie damals, 34 Prozent meinen dagegen, genauso schlecht. 12 Prozent sehen sogar eine Verschlechterung.

Auch in diesem Bereich genießt die SPD heute größeres Vertrauen als die CDU/CSU-geführte Bundesregierung: 30 Prozent sprechen heute einer SPD-geführten Bundesregierung die Kompetenz zu, auf dem Gebiet des Umweltschutzes Verbesserungen herbeizuführen, 23 Prozent der CDU/CSU-geführten Bundesregierung. 28 Prozent bewerten beide gleich, 19 Prozent trauen hier keiner Regierung Verbesserungen zu.

**Beziehungen zur DDR.** Bemerkenswert ist schließlich die wieder wachsende Skepsis der Bundesbürger hinsichtlich der Beziehungen zur DDR und ihr Vertrauen in die Bundesregierung auf diesem Feld, wobei die Schlesier-Debatte für die Bundesregierung ihre negativen Wirkungen gehabt haben dürfte.

Im Vergleich zur Mannheimer Umfrage vor einem Jahr sind die Meinungen, die Beziehungen zur DDR hätten sich verbessert, deutlich zurückgegangen. 20 Prozent aller Befragten sind der Meinung, daß es mit den Beziehungen seit der Bundestagswahl besser geworden sei; 36 Prozent sind der Meinung, es sei genauso gut geblieben, 28 Prozent genauso schlecht. 15 Prozent sind der Meinung, es sei schlechter geworden. Vor einem Jahr meinten noch 37 Prozent, die Beziehungen zur DDR seien seit März 1983 besser geworden.

Die SPD genießt auch in der Deutschlandpolitik erheblich mehr Vertrauen als die CDU/CSU-geführte Bundesregierung: 38 Prozent nennen eine SPD-geführte Bundesregierung als besonders kompetent für die Beziehungen zur DDR. Nur 21 Prozent trauen dies vor allem der CDU/CSU-geführten Bundesregierung zu.

(-/9.4.1985/bb/ks)

+ + +



Den Weg zum Frieden unterstützen  
-----

Die EG-Staaten sind im Nahen Osten gefordert

Von Dr. Gerhard Schmid MdEP

Der Nahe Osten braucht endlich Stabilität und Frieden. Die Menschen dort leiden unter dem Konflikt und sind ihn leid. Für uns bedeutet jede Verschärfung der Lage in dieser Region eine Erhöhung der Spannungen auch bei uns. Denn der Nahostkonflikt hängt wie über ein Gestänge vermittelt direkt am Verhältnis der Großmächte zueinander. Wir Europäer müssen deshalb ein Eigeninteresse an einer Entwicklung hin zu einem gerechten Frieden und zu mehr Stabilität in der Region haben.

Frieden ist nur möglich, wenn beide Seiten ihn wollen und zum Ausgleich und Kompromiß bereit sind. Frieden ist unmöglich mit einer PLO, die das Existenzrecht Israels nicht akzeptiert. Frieden ist aber auch unmöglich mit einem Israel, das nur ein verstümmeltes Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anerkennt und Siedlung um Siedlung auf besetztes Land mit dem Ziel der Annexion setzt.

Der Frieden ist jetzt möglicher geworden, weil beide Seiten sich zu bewegen beginnen. Arafat und Hussein haben ihr Abkommen geschlossen; unter dem neuen Ministerpräsidenten Shimon Peres gibt es keine weiteren Siedlungen mehr. Dieser Prozeß muß unterstützt werden, wenn er erfolgreich weitergehen soll. Denn starke Kräfte in beiden Lagern sind nach wie vor an einem Ausgleich nicht interessiert.

Die europäischen Staaten haben derzeit eine Schlüsselstellung bei der Unterstützung des Friedensprozesses. Die Vereinigten Staaten sind zu sehr Partei, um von allen wichtigen arabischen Staaten als neutraler Vermittler angenommen zu werden. Darüber hinaus hat Reagan der Initiative des ägyptischen Präsidenten Mubarak vorerst die kalte Schulter gezeigt. Die USA wollten erst dann aktiv werden, wenn zwischen den Konfliktparteien selbst Einigkeit über den Beginn eines Dialogs besteht. Hinter dieser Haltung steckt auch die ablehnende Haltung Israels gegenüber exklusiven Gesprächen einer jordanisch-palästinensischen Delegation mit den Amerikanern. Der israelische Außenminister Shamir befürchtet eine internationale Aufwertung der PLO auf diesem Wege.

Gerade eine Unterstützung der verhandlungsbereiten Kräfte um Arafat von außen ist aber notwendiger denn je. Der Palästinenserführer hat zwar einen klaren Tren-



nungsstrich zu den Gegnern von Verhandlungen gezogen und durch sein Abkommen mit König Hussein Fakten geschaffen. Aber unumstritten ist dieser Kurs in der PLO keineswegs. Arafat braucht aus diesem Grund vorzeigbare Erfolge.

Auf einen schnellen Beginn von Verhandlungen kann sich die israelische Regierung aus innenpolitischen Gründen nicht einlassen. Die Große Koalition zwischen Arbeiterpartei und Likut ist derzeit in dieser Frage völlig unbeweglich. Geht Ministerpräsident Peres auch nur einen Schritt zu weit, dann platzt die Koalition an dieser Frage. Zudem stehen im Sommer die Wahlen in der Gewerkschaft Histadrut ins Haus. Die Arbeiterpartei will offensichtlich alles vermeiden, was den Konservativen bei dieser Wahl Auftrieb geben könnte. Schnelle Reaktionen aus Israel sind deshalb nicht zu erwarten.

Die zehn EG-Staaten sind neben den zwei Weltmächten ein nicht zu unterschätzender Faktor in der internationalen Politik. Sie können und müssen in den nächsten Monaten durch deutliche Reaktion und Bestärkung den Prozeß der Annäherung und Gesprächsbereitschaft am Leben erhalten. Denn ohne Hilfe von außen wird die Initiative versanden.

Zur Hilfe von außen gehört auch ein Beitrag zur ökonomischen Stabilität Israels. Wirtschaftliche Unsicherheit gibt auch in diesem Land den Rechtskräften Auftrieb. Die Süderweiterung der EG ist in Israel Anlaß zu großen wirtschaftlichen Sorgen. Ein Drittel der landwirtschaftlichen Erzeugung wird in die Gemeinschaft exportiert. Nach dem Beitritt Spaniens und Portugals befürchtet man vom EG-Markt ausgeschlossen zu werden. Die arabischen Mittelmeerländer haben ähnliche Sorgen, insbesondere Marroko und Tunesien. Die EG wird deshalb keine Sonderbehandlung für Israel beschließen können und wollen. Aber rasche und klare Auskunft über die Behandlung der landwirtschaftlichen Importe aus den Mittelmeerländern ist dringend notwendig, um die Verunsicherung zu beseitigen. (-/9.4.1985/va/ks)

+ + +

